

**Merkblatt und Antrag**  
**zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung**  
**bei ausländischen Gästen**

Dem Antrag zur Abgabe der Verpflichtungserklärung (Seiten 2 bis 5 dieses Dokuments) sind die in der nachstehenden Liste aufgeführten aktuellen Nachweise im Original beizufügen:

- die Gehaltsabrechnungen der letzten drei Monate;  
bei Selbstständigkeit: Nachweis eines Steuerberaters (bspw. betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA)) oder Vorlage Steuerbescheid des Vorjahres
- aktuelle Arbeitgeberbescheinigung über Beginn, Befristung des Arbeitsverhältnisses, sowie Angaben, ob es ungekündigt ist (allein der Arbeitsvertrag ist nicht ausreichend)
- ggf. sonstige Belege über regelmäßiges Einkommen (bspw. Mieteinnahmen)
- sofern vorhanden Nachweise über bestehendes Kapitalvermögen (im Inland)
- Personalausweis/Reisepass

Für die Ausstellung der Verpflichtungserklärung wird eine Gebühr in Höhe von 29,00 € erhoben.

Die Angaben in der Verpflichtungserklärung sind freiwillig. Der Gastgeber wird bei Unterschriftsleistung auf seine Verpflichtung und mögliche Lasten aus dieser Erklärung hingewiesen.

Die Abgabe einer Verpflichtungserklärung durch eine dritte Person mit Vollmacht ist nicht möglich.

Die Verpflichtungserklärung wird ggf. nicht in vollem Umfang beglaubigt, wenn Nachweise fehlen.

Die abschließende Entscheidung über die Erteilung eines Visums liegt ausschließlich bei der deutschen Auslandsvertretung. Die Beglaubigung der Verpflichtungserklärung ist keine Entscheidung über Zustimmung oder Ablehnung des Visumsantrages.

-----  
Ab sofort ist auch eine Online-Antragstellung in dem Serviceportal des Landkreises Peine unter [www.landkreis-peine.de](http://www.landkreis-peine.de) möglich.

Über diesen Weg kann die Abgabe der Verpflichtungserklärung bei Nutzung des Online-Identifikationsverfahrens und der direkten Zahlungsabwicklung komplett ohne die bisher nötige Vorsprache abgewickelt werden. Der Versand der Verpflichtungserklärung im Original erfolgt dann per Post mittels Zustellungsurkunde und die Gebühren betragen in diesem Fall insgesamt 31,90 Euro (statt 29,00 Euro).

Sollte nur der Antrag online gestellt werden, jedoch keine Online-Identifizierung erfolgen, ist im Anschluss noch eine persönliche Vorsprache nötig. Hierfür erhalten Sie ohne weitere Aufforderung im Anschluss per E-Mail oder telefonisch einen Termin. Ich bitte bis dahin von Rückfragen abzusehen.

Bis auf Weiteres ist parallel auch die bisherige Antragstellung über das manuelle Ausfüllen des Merkblattes und Terminvereinbarung (möglichst per Mail) mit Frau Geffers ([fd16-abh-ta@landkreis-peine.de](mailto:fd16-abh-ta@landkreis-peine.de)) zur Vorsprache und Abgabe der Verpflichtungserklärung möglich.

Ich weise darauf hin, dass auch bei Nutzung des Online-Verfahrens ausdrücklich kein Versand der Verpflichtungserklärung an die ggf. für das Visum zuständige Auslandsvertretung (Botschaft, Konsulat) erfolgen kann.

-----  
**Vorsprache grundsätzlich nur nach vorheriger Terminvereinbarung.**

**Bitte wenden Sie sich zur Terminabsprache an Herrn Schwarze unter der Telefonnummer 05171/401-1015 oder per E-Mail an [fd16-abh-ta@landkreis-peine.de](mailto:fd16-abh-ta@landkreis-peine.de). Es wird gebeten, möglichst per E-Mail einen Termin zu vereinbaren.**

**Angaben der Personalien des Einladenden und der Besucher siehe nächste Seite! Die Seiten 2 bis 5 müssen vollständig ausgefüllt und unterschrieben vorgelegt werden.**

**Personalien des Einladenden:**

Familienname	
Vorname	
Geburtstag und -ort	
Staatsangehörigkeit	
Pass-Nummer	
genaue Anschrift	
Wohnfläche in qm	
Anzahl der im Haushalt lebenden Personen	
Beruf	

**Personalien der Besucher (nur von den einreisenden Personen) hier bitte deutlich in Druckschrift in deutscher Sprache eintragen):**

Familienname	
Vorname	
Geburtstag und -ort	
Staatsangehörigkeit	
Pass-Nummer	
Verwandtschaftsverhältnis	
genaue Anschrift	
Name des Ehegatten Geburtsdatum <b>Nur bei Einreise</b>	
Namen der Kinder Geburtsdatum <b>Nur bei Einreise</b>	

Frühestes Einreisedatum	
-------------------------	--

## **Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der ABH / AV zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

**vom:** .....

**Nr.:** .....

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

### **1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

### **2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen**

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrundeliegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein.

Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltswitz durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

### **3. Vollstreckbarkeit**

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise begetrieben werden.

### **4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden: .....  
Datum, Name, Vorname

## Belehrung zur Speicherung und Nutzung der Antragsdaten im VIS

Instruction sur l'enregistrement et l'utilisation des données dans le système d'information sur les visas (VIS)

Information about the retention and use of data in the Visa Information System (VIS)

Verpflichtungserklärung Nr.  
Declaration de prise en charge n°  
Format obligation No.

Name / Nom / Surname

Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport No.

Vorname(n) / Prénom(e)s / First name

Geburtstag und -ort / Né(e) le/à / Date and place of birth

Mir ist bekannt und ich bin damit einverstanden, dass meine Kontaktdaten (Vor- und Nachname, Anschrift) bzw. die Kontaktdaten meines Unternehmens/meiner Organisation (Name und Anschrift des Unternehmens/der Organisation sowie Vor- und Nachname der jeweiligen Kontaktperson) nach Artikel 9 Nummer 4 Buchstabe f) der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 vom 9. Juli 2008 (VIS-Verordnung, ABl. EG L 218/60 vom 13.08.2008) zur Prüfung des Visumantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, erhoben und für höchstens fünf Jahre im Visa-Informationssystem (VIS)\* gespeichert werden.

Die Visumbehörden und die für die Visumkontrolle an den Außengrenzen und in den Mitgliedstaaten des Schengenraums zuständigen Behörden sowie die Einwanderungs- und Asylbehörden in den Schengen-Mitgliedstaaten haben während dieser fünf Jahre Zugang zu den im VIS gespeicherten Daten,

- um Visumanträge zu prüfen und zu entscheiden,
- um zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die rechtmäßige Einreise in das Gebiet und den rechtmäßigen Aufenthalt im Gebiet der Mitgliedstaaten erfüllt sind,
- um Personen zu identifizieren, die diese Voraussetzungen nicht bzw. nicht mehr erfüllen,
- um einen Asylantrag zu prüfen und
- um zu bestimmen, wer für diese Prüfung zuständig ist.

Zur Verhütung und Aufdeckung terroristischer und anderer schwerer Straftaten und zur Ermittlung wegen dieser Straftaten haben unter engen Voraussetzungen auch speziell von den Schengen-Mitgliedstaaten benannte Behörden und Europol Zugang zum VIS.

Die für die Verarbeitung personenbezogener Daten im VIS verantwortliche Behörde nach Art. 41 Abs. 4 VIS-VO in Deutschland ist das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, [visa@bva.bund.de](mailto:visa@bva.bund.de).

Mir ist bekannt, dass ich berechtigt bin, in jedem Schengen-Mitgliedstaat eine Auskunft zu erhalten, welche Daten über mich im VIS gespeichert sind und von welchem Mitgliedstaat diese Daten an das VIS übermittelt worden sind. Außerdem ist mir bekannt, dass ich beantragen kann, mich betreffende unrichtige Daten zu berichtigen und mich betreffende unrechtmäßig gespeicherte Daten zu löschen. Die Berichtigung oder Löschung wird von dem Mitgliedstaat durchgeführt, der die mich betreffenden Daten an das VIS übermittelt hat. Informationen über die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte liefert mir auf Wunsch das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, [visa@bva.bund.de](mailto:visa@bva.bund.de). Mir ist bekannt, dass diese Rechte auch bestehen, wenn die Verpflichtungserklärung von einem Unternehmen oder einer Organisation abgegeben wird.

Die in Deutschland zuständige Stelle für Beschwerden hinsichtlich des Schutzes personenbezogener Daten ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der unter folgender Adresse erreichbar ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Husarenstraße 30  
D-53117 Bonn  
Deutschland  
Tel.: +49 (0)228-997799-0  
Fax: +49 (0)228-997799-550  
E-Mail: [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)  
Webseite: [www.bfdi.bund.de](http://www.bfdi.bund.de)

\*Dies gilt nur, soweit das VIS in der Region, in der das Visum beantragt wird, bereits in Betrieb ist.

Datum / Date / Date

Unterschrift / Signature / Signature